

Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Digitalisierung am
03.12.2024 im Sitzungssaal des Kreisamtes Jever, Lindenallee 1

Beginn: 15:30 Uhr

Ende: 17:15 Uhr

Teilnehmer/innen:

Vorsitzende

Esser, Martina

Mitglieder

Berner, Christian

Online

Bruns, Isabel

Busch, Sigrid

Online

Homfeldt, Axel

Bis 16:38 Uhr

Janßen, Dieter

Kühne, Lars

Neugebauer, Axel

Bis 16:30 Uhr

stellv. Mitglieder

Ratzel, Gerhard

Vertretung für Herrn Hendrik Theemann

beratende Mitglieder (GM)

Schürgers, Uwe

Online

Angehörige der Verwaltung

Ambrosy, Sven

Janßen, Reent

Rocker, Andreas

Vogelbusch, Silke

Wegener, Elke

Gäste/informativ

Möller, Jan Ole

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 15:30 Uhr. Die Beschlussfähigkeit sowie die ordnungsgemäße Ladung werden festgestellt.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 30.09.2024

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 30.09.2024 wird genehmigt.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

TOP 4 Berichte und Vorlagen der öffentlichen Sitzung

TOP 4.1 Berichte und Vorlagen für den Kreistag:

**TOP 4.1.1 Jahresabschluss des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2020; Beschluss über den Jahresabschluss und die Entlastung des Landrates
Vorlage: 0861/2024**

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag beschließt den Jahresabschluss 2020 des Landkreises Friesland.
2. Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 16.169.427,53 Euro wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.
3. Der Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 7.639.295,70 Euro wird mit der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses verrechnet.
4. Der Kreistag erteilt dem Landrat gem. § 129 Abs. 1 NKomVG für den Jahresabschluss 2020 Entlastung.

Reent Janßen: 2020 RPA ist fertig. Im April 2024 wurde festgestellt, dass die Abschreibung des Grundstücks Beethovenstraße nicht mit aufgenommen wurde. Daher musste man nochmal in die Prüfung einsteigen. Der aktuelle Stand bei den nächsten Jahresabschlüssen sieht wie folgt aus: 2021: Liegt beim RPA und ist in den letzten Zügen. 2022: Die Zahlen stehen, Dokumentation hierzu muss noch erstellt werden. 2023: Aktuell in Arbeit.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Ja:	9
-----	---

Nein:	
Enthaltung:	

TOP Update zur Budgetprognose 3. Quartal 2024
4.1.2 Vorlage: 0993/2024

Kenntnisnahme/Empfehlung:

Das Update zur Budgetprognose 3. Quartal 2024 wird zur Kenntnis genommen.

Andreas Rocker: Das Jahr 2024 war eingeplant mit einem Defizit von 23 Millionen Euro. Prognose 3 ergab einen Jahresfehlbetrag von 30,5 Millionen Euro. Wie im Vorjahr lässt sich eine genaue Prognose wie in den Bereichen Personal nicht genau machen aufgrund von nicht besetzten Stellen, Krankheiten usw.

Darstellung des Sachverhaltes:

TOP Überplanmäßige Ausgaben im Fachbereich 51 für das Haushaltsjahr
4.1.3 2024
Vorlage: 0992/2024

Beschlussvorschlag:

Das Gremium nimmt die geänderte Ertragslage zur Kenntnis und beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen des Fachbereichs 51. Auszahlung im Kalenderjahr 2024.

Andreas Rocker: Hängt zusammen mit eben Berichteten aus dem vorherigen TOP.

Landrat: Wir sind im übertragenden Wirkungskreis verpflichtet, die Aufgaben zu leisten, da es um Ansprüche geht. Hier insbesondere da es um Kindeswohlgefährdung geht. Daher die überplanmäßigen Aufwendungen 2024.

Begründung:

Der Fachbereich 51 – Jugend, Familie, Schule und Kultur – hat in seinem Budget für 2024 ein Saldo von 53.904.294 € ausgewiesen. Nach aktueller Prognose (Stand 25.11.2024) ist mit einem deutlich höheren Saldo in Höhe von 57.675.267 € zu rechnen. Bei den überplanmäßigen Ausgaben handelt es sich insbesondere um folgende Produkte:

überplanmäßige Ausgaben

Deutliche Ausgabensteigerungen sind bei den Produkten

P1.03.34.341000 Unterhaltsvorschuss

P1.03.36.363200 Förderung der Erziehung in der Familie,

P1.03.36.363300 Hilfe zur Erziehung

P1.03.36.363400 Hilfen für junge Volljährige/Inobhutnahmen/Eingliederungshilfe

P1.03.36.365000 Tageseinrichtungen für Kinder

zu verzeichnen.

Verantwortlich hierfür sind insbesondere Ausgabensteigerungen zu folgenden Leistungen:

P1.03.34.341000 Unterhaltsvorschuss

Sachkonto	Ansatz 2024	Prognose 2024 (Stand 25.11.24)	Abweichung
433900	3.000.000 €	3.800.000 €	800.000 €

Die zu zahlenden Unterhaltsbeträge je Kind und Monat sind im Durchschnitt der Altersgruppen um knapp 20 % gestiegen. Eine Steigerung in dieser Höhe war zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2024 noch nicht bekannt.

Darüber hinaus sind die Zahlfälle insgesamt gestiegen gegenüber 2023, da sich der Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert hat. Dies begründet sich in der Erhöhung des Selbstbehaltes der unterhaltsverpflichteten Elternteile und dem Rechtskreiswechsel langjährig Geduldeter vom AsylbLG ins SGB II aufgrund der Einführung des Chancenaufenthaltsrechts (§104c AufenthG). Derzeit sind ca. 135 Personen im Landkreis Friesland im Besitz dieser Aufenthaltserlaubnis, die mit Erteilung direkt zu einem Wechsel ins SGB II führt. Nicht zuletzt wirkt sich der russische Angriffskrieg auf die Ukraine nach wie vor auf die Fallzahlen aus.

P1.03.36.363200.020: Trennungs- und Scheidungsberatung

Sachkonto	Ansatz 2024	Prognose 2024 (Stand 25.11.24)	Abweichung
433100	25.000 €	75.000 €	50.000 €

Die Zahl der begleiteten Umgänge zur Leistung Trennungs- und Scheidungsberatung ist auch 2024 weiter angestiegen. Begleitete Umgänge finden überwiegend auf Grund entsprechender Beschlüsse der Amtsgerichtsbezirke Jever und Varel statt. Die meisten begleiteten Umgänge finden im Bereich der außerfamiliären Unterbringung statt.

P1.03.36.363300.030 sozialpädagogische Familienhilfe

Sachkonto	Ansatz 2024	Prognose 2024 (Stand 25.11.24)	Abweichung
433100	1.150.000 €	1.200.000 €	50.000 €

Die Mehrausgaben der sozialpädagogischen Familienhilfe ergeben sich aus gestiegenen Fallzahlen: sie sind im Vergleich zu 2023 um 9,5% gestiegen.

P1.03.36.363300.050 sonstige Hilfen ambulant

Sachkonto	Ansatz 2024	Prognose 2024 (Stand 25.11.24)	Abweichung
433100	160.000 €	380.000 €	220.000 €

Eine Hilfestellung nach § 27 SGB VIII erfolgt, wenn keine der konkret beschriebenen Hilfen der §§ 28 bis 35 SGB VIII den Bedarf des jungen Menschen erfüllt bzw. aufgrund von fehlenden Platzkapazitäten nicht zeitnah realisiert werden kann. Diese Vorschrift eröffnet dabei den Jugendämtern die Möglichkeit, im Einzelfall auch über die im Gesetz konkret beschriebenen Hilfearten hinaus andere Hilfen zur Erziehung entsprechend des konkreten Bedarfes einzusetzen. In 2024 ist eine leichte Fallzahlensteigerung zu verzeichnen. Darüber hinaus war es in nicht vorhersehbaren Fällen erforderlich, sehr kostenintensive Maßnahmen einzusetzen, um den notwendigen Bedarf abdecken zu können.

P1.03.36.363300.060 Vollzeitpflege:

Sachkonto	Ansatz 2024	Prognose 2024 (Stand 25.11.24)	Abweichung
433100	2.250.000 €	3.000.000 €	750.000 €

Das monatliche Pflegegeld für Vollzeitpflegepersonen ist zum 01.01.2024 um durchschnittlich 23 % erhöht worden. Die Beträge werden per Erlass des Landes Niedersachsen vorgegeben. Mit einer Steigerung in dieser Höhe war bei der Budgetplanung nicht gerechnet worden. Darüber hinaus ist die Anzahl der Vollzeitpflegen im Landkreis Friesland in 2024 leicht gestiegen gegenüber 2023.

P1.03.36.363400.010 Hilfe für junge Volljährige:

Sachkonto	Ansatz 2024	Prognose 2024 (Stand 25.11.24)	Abweichung
433200	1.310.900 €	1.900.000 €	589.100 €

Die Anzahl der Hilfen für junge Volljährige in Einrichtungen hat sich gegenüber 2023 verdoppelt. Immer mehr junge Menschen benötigen auch über das 18. Lebensjahr hinaus Unterstützung in stationärer Form.

P1.03.36.363400.010 Maßnahmen zum Schutz von Kindern:

Sachkonto	Ansatz 2024	Prognose 2024 (Stand 25.11.24)	Abweichung
433100	284.000 €	600.000 €	316.000 €
433200	367.500 €	1.000.000 €	632.500 €

Der Tagessatz für zeitlich befristete Klärungsmaßnahmen in Bereitschaftspflegefamilie hat sich in Anlehnung an die Erhöhung des Vollzeitpflegegeldes um mehr als 20 % erhöht. Ebenso hat sich die Zahl der Inobhutnahmen fast verdoppelt gegenüber 2023. Die Dauer der Inobhutnahmen hat ebenfalls zugenommen, da in vielen Fällen keine Kapazitäten in einer geeigneten stationären Anschlussmaßnahme verfügbar sind und die Inobhutnahme fortgeführt werden muss, bis ein freier Platz verfügbar ist.

P1.03.36.363400.030 Eingliederungshilfe ambulant:

Sachkonto	Ansatz 2024	Prognose 2024 (Stand 25.11.24)	Abweichung
429110	375.000 €	510.500 €	135.500 €
433100	2.130.000 €	3.000.000 €	870.000 €

Wie bereits in 2023 sind nach wie vor kontinuierlich stark steigende Fallzahlen in der ambulanten Eingliederungshilfe, insbesondere bei den Schulbegleitungen zu verzeichnen. Die Zahl der ambulanten Eingliederungshilfen hat sich um mehr als 31 % erhöht. Die Auswirkungen des Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (KJSG), das 2021 in Kraft getreten ist, kommen hier nach wie vor zum Tragen. Ziel des Gesetzes ist es, mit einer modernen Kinder- und Jugendhilfe vor allem diejenigen Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen zu stärken, die besonderen Unterstützungsbedarf haben.

Um einer weiteren Kostensteigerung entgegen zu wirken, werden derzeit Konzepte einer infrastrukturellen Schulbegleitung geprüft.

P1.03.36.365000.080 Zahlungen an Kindertageseinrichtungen:

Sachkonto	Ansatz 2024	Prognose 2024 (Stand 25.11.24)	Abweichung
445200	12.500.000 €	13.867.000 €	1.367.000 €

Auf der Basis des sogenannten KiTa-Vertrages vom 22. April 2022 haben die Kämmerer der Städte und Gemeinden und des Landkreises Friesland für das Jahr 2024 eine Neuberechnung der Aufwendungen der Kindertagesstätten in den Städten und Gemeinden vorgenommen, um den Zuschuss des Landkreises an die Vertragspartner zu ermitteln.

Vertragsgemäß beläuft sich die Beteiligung des Landkreises auf 50 % des Zuschussbedarfs des Netto-Zuschussbedarfs der Städte und Gemeinden für 2024.

Eingeplant wurden dafür in der Haushaltplanung 2024 insgesamt 12,5 Mio.€. Nach den ersten Zahlen belief sich die anteilige Zuschusssumme auf rund 14,3 Mio.€ (Stand Anfang September 2024). Entsprechend wurde dieser Wert in die Budgetprognose Ende September aufgenommen. Nach Abschluss der Erhebung und Bestätigung der Zahlen durch die Kämmerer Ende Oktober 2024 wurde der Zuschussbedarf 2024 dann auf 13,867 Mio. € festgesetzt. Der über dem geplanten Aufwand liegende Betrag in Höhe von 1.367.000 € müsste daher noch überplanmäßig bereitgestellt werden.

Des Weiteren ergeben sich bei den kreiseigenen Kindertagesstätten (Produkte P1.03.36.365000.101 bis P1.03.36.365000.115) Mehrausgaben in Höhe von 1.042.875€. Dabei ist festzustellen, dass die Erträge und Aufwendungen hinsichtlich der Kindertagesstätten in Schortens bei der Haushaltsplanung 2024 noch nicht sicher prognostiziert werden konnten, da die Ansätze aus dem Vorjahr der Stadt Schortens übernommen wurden. Einerseits sind bei den Zuweisungen vom Land sind geringe Erträge zu erwarten, andererseits gibt es höhere Aufwendungen insbesondere im Rahmen von Sach- und Dienstleistungen, der Betriebskostenzuschüsse an die evangelische Kirche, des Defizitausgleichs an das DRK, der Gemeindeunfallversicherung und gestiegenen IT-Kosten.

Im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit im Gesamtbudget des Fachbereichs können Mehraufwendungen zum Teil durch Minderaufwendungen bzw. Mehrerträge an anderer Stelle ausgeglichen werden. Auf Grund der hohen Mehrausgaben insgesamt ist ein Ausgleich im Rahmen des Gesamtbudgets allerdings nicht möglich ist. Es ergibt sich im Rahmen der Gesamtdeckung eine Notwendigkeit für die Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 3.770.973€ für den Fachbereich 51.

Die Ausgaben waren unvorhergesehen, da zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung der Anstieg der Kosten und der o.g. Mehraufwand des Fachbereichs nicht einschätzbar war. Zudem waren sie unabweisbar, da bei festgestelltem Hilfebedarf die gesetzliche Verpflichtung zur Zahlung der Hilfe nach dem SGB VIII besteht.

Insgesamt sind damit Mittel in Höhe von 3.770.973€ überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

Ja:	9
Nein:	
Enthaltung:	

**TOP 4.1.4 Überplanmäßige Aufwendungen im Fachbereich Soziales & Senioren für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: 0995/2024**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag genehmigt die überplanmäßigen Aufwendungen des Fachbereichs 50

KTA Homfeldt fragt es wird von gesetzlichen Pflichtleistungen gesprochen aber trotzdem viele Bereiche mit Ermäßigungsspielräume. Wird das genutzt?

Andreas Rocker: Bei vielen Pflichtleistungen werden maximal ein Auswahlermessen angeboten. Im Jugendhilfebereich wird die sinnvollste Hilfe für Person/Kind angeboten. Das ist das Auswahlermessen welches im Gremium festgelegt wird. Über Höhe der Leistung wird nicht entschieden.

Begründung:

Die Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2024 wurde mit Aufwendungen in einer Gesamthöhe von 69.763.215,00 € vorgenommen. Tatsächlich wird kalkulatorisch ein Abschluss in Höhe von ca. 71.600.000,00 € erfolgen. Insoweit überschreiten die tatsächlichen Aufwendungen die veranschlagten Aufwendungen um nahezu 2.000.000,00 €.

Ursächlich ist hierfür eine Ausgabensteigerung auf mehreren Haushaltspositionen, die jeweils eine Leistungsart abbilden. Hier sind insbesondere zu nennen:

- Eingliederungshilfe: 600.000,00 €
- Hilfe zur Pflege: 400.000,00 €
- Grundsicherung: 700.000,00 €
- Bildung & Teilhabe: 150.000,00 €

Die Kostensteigerungen sind insbesondere auf stetig steigende Kosten im Einzelfall zurückzuführen. So ist der pro Kopf Aufwand bei vollstationärer Pflege ebenso angestiegen, wie in der Eingliederungshilfe. Die Leistungserbringer haben ihrerseits die gestiegenen Kosten, insbesondere bei der Entlohnung ihrer Mitarbeitenden, an den Sozialhilfeträger durchgereicht.

Auch die im Jahr 2024 deutlich angehobenen Regelsätze (+ 12%) in der Grundsicherung, sowie die allgemein gestiegenen Wohnkosten der Grundsicherungsempfänger machen sich in der Gesamtbetrachtung deutlich bemerkbar.

Es wird darauf hingewiesen, dass dieser überplanmäßige Aufwand ausschließlich zur Deckung von gesetzlichen Ausgabepflichten benötigt wird.

Ja:	9
Nein:	
Enthaltung:	

TOP 4.1.5 Vorstellung der Eckpunkte des Haushaltes 2025 als erste Kenntnisnahme der aktuellen Situation

Landrat mit einem Vorwort: Die Eckpunkte werden im kommenden Vortrag aufgezeigt und wie wir zu den Entscheidungen gekommen sind. Bei vorherigen Finanzkrisen die der Landkreis hinnehmen musste lag es meistens an der Einnahmeproblematik. Bei der aktuellen liegt es an der Krankenhausfinanzierung.

Andreas Rocker: Ordentliche Erträge liegen kalkuliert für 2025 bei rund 280 Millionen Euro. 12 Millionen Euro mehr als im Vorjahreshaushalt. Dafür sind Aufwendungen bei rund 325 Millionen Euro. Ein mehr von 35 Millionen Euro. Das Defizit liegt bei voraussichtlich 45,7 Millionen Euro. Darin sind 24 Millionen Verlustausgleich für Kliniken enthalten. Dadurch das der Ergebnishaushalt so hoch nicht ausgeglichen ist, ergibt sich im Finanzhaushalt kein positiver Saldo. Der negative Saldo liegt bei 38,6 Millionen Euro. Defizite können auf dem Papier durch den Landkreis mit den Rücklagen ausgeliehen werden. Die Liquidität schwindet allerdings. 2026 wären wir gezwungen, nach bisherigen Richtlinien ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen. Eine Schlüsselzuweisung von rund 34 Millionen Euro wird erwartet.

KTA Kühne: sieht das das Vorgehen auch für die Zukunft im Vorhinein transparent zu sein als positiv.

Andreas Rocker: Kreisumlagesätze steigern sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 Millionen Euro.

Landrat: Durch gespaltene Kreisumlage ist die Darstellung schwierig und verzerrt. Die wirklichen Finanzströme und wie es tatsächlich bei den Gemeinden ankommt, wird sich zeigen
KTA Ratzel: merkt an, dass wir uns unseren Bedarfen ausrichten müssen. Mit Kommunen besprechen und gegeben falls die Kreisumlage erhöhen.

Landrat für an, das wir unsere Einnahmen versebessern müssen und Bedarfe nach unten korrigieren.

KTA Neugebauer: Sieht dieses Jahr als Sondersituation. Letztendlich wird die Kreisumlage jedes Jahr neu diskutiert und am Ende findet sich ein Kompromiss. Er sieht Keinen Grund über eine Haltelinie zu diskutieren. Bedarfe sind da, auch wenn Sie korrigiert werden müssen.

KTA Homfeldt: fügt nach, dass es sich nicht nur um Bedarfe des Landkreises handelt, sondern gleichwertig Bedarfe der Städte und Gemeinden zu berücksichtigen sind bei der Festsetzung der Kreisumlage.

Herr Rocker führt die Präsentation fort zum Thema Personalaufwand: Für 2025 ist die Planzahl an Prognose des laufenden Jahres angepasst mit einem geringen Erhöhungsfaktor.

KTA Janßen fragt wie hoch der Anteil von Befristungen ist?

Landrat: Es gibt zwei große Befristungsgründe. Für Projekte wo wir Fördergelder bekommen oder wenn jemand in Mutterschaft oder längere Krankheit ist. Prozentual nicht groß.

Herr Rocker zum Finanzhaushalt: Alle Landkreise Städte und Gemeinden konnten von hoher Liquidität zerren bis Krankenhaus Aufwendungen kamen. Dadurch ist die Liquidität soweit runter, dass Investitionen nicht mehr wie bisher aus Kasse bezahlen werden konnten, sondern Rückwirkend Kreditermächtigung für Investitionen aus 2022 und 2023 in Anspruch genommen werden mussten. Für Ende 2023 wurden 12 Millionen Euro aufgenommen. In diesem Jahr wurden zweimal 10 Millionen Euro aufgenommen.

Geplante Investitionen werden aufgeführt. Bei Investitionen nicht sparen.

Landrat: Bei Investitionen sollten keine Einsparungen vorgenommen werden. Der Bürger sollte hier nicht bestraft werden. Die Qualität der Region ist eine gute Bildung und hier wird weiterhin in Gebäude, Sanierung und Inhalt der Gebäude investiert. Auch das Breitband soll weiterhin ausgebaut werden für die Wertschöpfung, in landwirtschaftlichen Bereichen usw. in den grauen Flächen

TOP 4.2 Berichte und Vorlagen für den Kreisausschuss:

TOP 4.2.1 Sachstandsbericht zur Digitalisierungsstrategie Vorlage: 0988/2024

Kenntnisnahme/Empfehlung:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen

Sylke Lübben: Am 12. Dezember findet der nächste Interkommunale Arbeitskreis (IKAK) statt, bei dem aktuelle Sachstände, Neuigkeiten und zu bearbeitende Themen ausgetauscht werden. Ein zentrales Thema ist die Umsetzung des Online-Verwaltungsportals, insbesondere

re die Integration der Bund ID und des Mein Unternehmens-Kontos (MUK) in die Städte und Gemeinden. Es wird diskutiert, wie die Online-Dienstleistungen durch die Verknüpfung mit diesen Konten angepasst werden können.

Voice Plattform, Softwareplattform Abgestimmt, andere weiter als andere

Ein weiteres Thema ist die Einführung von Dokumentenmanagement-Systemen (DMS), wobei alle Kommunen das gleiche System wünschen, aber der Stand der Umsetzung variiert. Es wird angestrebt, die Einführung und den Austausch von Erfahrungen abzugleichen, um die Thematik voranzutreiben.

KTA Homfeldt: äußert Bedenken bezüglich der unterschiedlichen Ressourcen und Bedürfnisse der Kommunen und fragt, wie der Landkreis unterstützend tätig werden kann, um Ungleichgewichte auszugleichen. Besonders wichtig ist es, dass Kommunen nicht zu weit auseinanderliegen, wenn eine bereits die Umsetzung abgeschlossen hat, während andere noch hinterherhinken.

Sylke Lübben: Der Landkreis ist im Bereich DMS schon weiter und bietet Unterstützung durch Tipps und Tricks sowie Beratung zur Organisation der Ablage und dem Aktenplan. Jede Kommune bleibt jedoch für ihre eigene Umsetzung verantwortlich..

Darstellung des Sachverhaltes:

Sachstandsbericht zur Digitalisierungsstrategie

TOP 5 Berichte aus anderen Gremien

TOP 6 Informationen aus dem Jugendparlament

TOP 7 Mitteilungen der Verwaltung

Andreas Rocker: Sachstandsbericht weist 1-3 Mal im Jahr mit einer Vorlage über Niederschlagung von Forderung über 10.000 € als Beschlussvorschlag vorgelegt. Unter 10.000 € schlägt die Kreisverwaltung nieder und berichtet einmal jährlich wie viel niedergeschlagen wurde. In 2024 hat sich die Ersparnis Änderung des Insolvenzrechts mit Absenkung der Wohlverhaltensfase von 7 Jahre auf 3 -3,5 Jahre stark bemerkbar gemacht. Wir werden diese Forderung des Landkreises die aufgrund von Restschuldbefreiung im Insolvenzverfahren auf 0 gesetzt sind. Diese können nicht mehr niedergeschlagen werden, weil sie als Forderung nicht existent ist laut Gerichtsbeschluss.

TOP 8 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten

TOP 9 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung

TOP 10 Anregungen und Beschwerden

gez.
Vorsitzende/r

gez. Ambrosy
Landrat

gez.
Protokollführer